

Herausgeber und verantw. Redakteur  
Karl H o n a y .Wien, Freitag, den 2. März 1923.  
-----

Die Gemeinde Wien und die Lehrer. Gestern erschien beim städtischen Personalreferenten, StR. Speiser und beim Präsidenten des Stadtschulrates, Nationalrat Glöckel eine Abordnung des Zentralvereins der Wiener Lehrerschaft, um in Ausführung eines Beschlusses der Lehrerversammlung vom 28. Februar eine Entschliessung zu überreichen, die folgende Forderungen enthält: Herabsetzung der Zahl der Abzubauenden, Gewährung von Pensionen bei mehr als zehn anrechenbaren Dienstjahren, Gewährung von Abfertigungen in einem höheren Ausmass als nach den gegenwärtigen Bestimmungen beim Bund, Anwendung des Zwangsabbaus erst dann, wenn durch den freiwilligen Abbaudie erforderliche Zahl nicht erreicht werden sollte. Ferner wandte sich die Abordnung nachdrücklich gegen den Plan, den Unterricht an den Fortbildungsschulen in die erhöhte Lehrverpflichtung der Volks- und Bürgerschullehrer einzurechnen, sowie gegen die in Aussicht gestellte Verlängerung der provisorischen Dienstzeit von zwei auf fünf Jahre.

Präsident Glöckel unterstützte diese Forderungen vom Standpunkt der praktischen Durchführung der Schulreform.

StR. Speiser erklärte der Abordnung, daß er im Sinne der mit dem Verband der städtischen Angestellten und der Gewerkschaft der Unternehmungsangestellten geführten Verhandlungen die vorgebrachten Gründe anerkenne und für die erhobenen Forderungen beim Präsidium des Landtages und Gemeinderates eintreten könne. Die Gemeinde werde einen Abbau solcher Angestellter, die bereits den Anspruch auf einen dauernden Ruhegenuss erworben haben, abgesehen vom Fall eines freiwilligen Austrittes, nur durch Pensionierung bereits ausgedienter Angestellter vollziehen. Ein zwangsweiser Abbau von Angestellten, die bereits den Anspruch auf einen dauernden Ruhegenuss erworben haben, komme also überhaupt nicht in Betracht.

Die Gemeinde sei ferner bereit, die Anfertigungen höher zu bemessen, als dies nach den gegenwärtigen Bestimmungen beim Bund der Fall ist. Zur Frage der Einrechnung des Fortbildungsschulunterrichts in die Lehrverpflichtung der Volks- und Bürgerschullehrer erklärte StR. Speiser, daß die Gemeinde Wien in der gegenwärtigen schweren Zeit es nach Möglichkeit vermeiden werde, Angestellten einen schwer erworbenen Verdienst zu entziehen.

-----  
Das Strassenwesen der Großstadt. Im Rahmen der Vortragsreihe über „Technische Großstadtfragen“ hält Sonntag, den 4. März um 8 Uhr abends im Klubsaal der Urania Herr Beirat Ing. Kosetschek einen Vortrag über „Strassenwesen einer Großstadt“.

GRin. Wieloch (chr. soz.) führt Beschwerde darüber, dass die Mitglieder der Krankenfürsorgeanstalten unnötige Wege machen müssen, ehe sie ihre Ansprüche ersetzt bekommen. Es sei ihr ein Fall bekannt geworden, dass ein Mitglied, um zu Augengläser zu gelangen, 12 Fahrten mit der Strassenbahn machen musste. Auch die Rückersätze der Arztekosten werden ungewöhnlich lange verzögert, so dass die Mitglieder schlechteres Geld erhalten und dadurch benachteiligt werden. Eine geregelte Verwaltung dieser Anstalt ist schon deswegen unumgänglich notwendig, weil heute Zeit Geld ist und wenn die Mitglieder, die ja doch städtische Angestellte sind, ungebührlich lange warten müssen, so gehe dies auf Kosten der Gemeinde.

StR. Speiser (Schlusswort) erklärt, dass die Krankenfürsorgeanstalt sowie jede neue Einrichtung, ihre Kinderkrankheiten hatte, die aber heute bereits behoben sind. Die Gemeinde sieht dem angekündigten Prozess, den einzelne Mitglieder gegen das Obligatorium angestrengt haben, mit Ruhe entgegen, weil sie gar kein Interesse an einem solchen Obligatorium besitzt.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Grünwald angenommen und die Vorlage genehmigt.

GR. Siegel (Soz. Dem.) berichtet über die Fortsetzung des mit Gemeinderatsbeschluss genehmigten Bauprogrammes der Gemeinde Wien für das Jahr 1923 und beantragt, dass zur Erhaltung einsturzgefährlicher Häuser ein weiterer Kredit von 1 <sup>Milliarde</sup> für Siedlungsbauten ein weiterer Kredit von 3 <sup>Milliarden</sup> und für Wohnhausbauten im <sup>IX.</sup> XVIII. Bezirk ein Kredit von 6 <sup>Milliarden</sup> bewilligt werden.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Nach einem Referat des GR. Müller wird der Antrag wegen Verkaufes alter Pflastersteine an das städtische Lagerhaus genehmigt.

StR. Breitner referiert über die Aufnahme einer Wohnbauanleihe im Betrage von 10 Milliarden Kronen.

GRin. Kurzbauer (chr. soz.) wünscht weitergehende Berücksichtigung der zu erhaltenden Häuser. Zu diesem Zweck sollen Kredite gewährt werden.

Nach dem Schlusswort des Referenten wird die Vorlage genehmigt.

Der Bürgermeister schliesst die Sitzung.